

POLIKLINIKEN FÜR

DIE WERK- TÄTIGE BEVÖLKERUNG

Kinderpoliklinik
ins Bethanien!

Kein
Künstler-
zentrum

West-
Berlin,
1974.

Agitationsbroschüre/Kampfkomitee Bethanien

Kinderpoliklinik - kein Künstlerzentrum!

Unser Kampf ist nicht willkürlich. Das Kampfkomitee Bethanien beruht nicht auf einer fixen Idee. Wir bauschen keine Randprobleme auf, wir ziehen nichts an den Haaren herbei. Ausgangspunkt aller unserer Aktionen sind scharfe gesellschaftliche Widersprüche, die jeden einzelnen von uns berühren.

Im April 1952 bis zum Anfang 1953 schließt in Berlin ein sozialdemokratischer Senat die letzte von früher 90 Polikliniken. Die SPD ist vor dem Monopol der freipraktizierenden Ärzte in die Knie gegangen; sie war der beste Handlanger der Krankenscheinjäger und ihrer Berufsorganisationen, die das Geschäft mit der Krankheit geschickt organisieren. Die SPD kümmerte sich einen Dreck um die Lebensinteressen der Bevölkerung. Deutlich läßt sich das auch an den Sanierungsmaßnahmen dieser Partei erkennen. Die SPD ist nicht "Opfer" geldgieriger Ärzte und Bodenspekulanten, sondern der beste Interessenvertreter dieser Reaktionäre!

Im kommunalpolitischen Programm von 1970 aber, das die Kreuzberger SPD für den, wie sie sagt, "sozialen Unruheherd Kreuzberg" entworfen hat, spricht sie dann großspurig von "Massenmobilisierung gegen Bodenspekulation" und der "zwingenden Notwendigkeit Polikliniken einzurichten!"

Es ist aber die KPD, die im Sommer 1973 die Katastrophe der medizinischen Versorgung insbesondere der Kreuzberger Kinder konkret ans Licht bringt und zur Gründung

eines "Komitees für eine Kinderpoliklinik ins Bethanien" aufruft.

Der SPD-Senat dagegen gibt am 18. September 1973 die Gründung einer "Künstlerhaus - Bethanien GmbH" bekannt. Bewilligt werden vorerst einmal 3,25 Millionen Mark Grundausstattung, eine halbe Millionen Mark Kosten für die Wartung von Druckmaschinen und Ateliereinrichtungen, 7 Millionen Mark für die künstlerische Gestaltung des angrenzenden Mariannenplatzes.

Das geschieht zu einer Zeit, wo die einzige Kinderärztin im 36er Bezirk, Frau Dr. Voßwinkel, in der Dresdener Straße, gleichzeitig 5 Kinder auf einmal ins Behandlungszimmer nimmt und zu Fließbanduntersuchungen gezwungen ist.

Im Spätsommer 1974 ist das Kampfkomitee Bethanien 1 Jahr alt.

Gegen wen - mit wem? haben wir diese Zeit über gekämpft?

Wie soll es weitergehen?

Darauf will diese Broschüre eine Antwort geben.

INHALTSVERZEICHNIS

1. Teil:

Geschichte des Bethanien-Hauses	4
Der Kampf um Polikliniken	9
Forderungen des Kampfkomitees	14
Verlauf unsres Kampfes	20

2. Teil:

Sanierung. Wem nutzt, wem schadet sie	40
Die Unfähigkeit des Kapitalismus	48
Reisebericht vom sozialistischen Albanien	55
Unsre nächsten Aufgaben	59

Geschichte Bethanien s

Der Kampf um das Bethanienhaus wurde immer von zwei Seiten geführt: auf der einen Seite die herrschende Klasse, auf der anderen Seite das kämpfende Volk

1847

war Bethanien eine staatliche Ausbildungsstätte mit eigenem Krankenhaus (Königliche Stiftung).

1851

wurde Bethanien an den Evgl. Oberkirchenrat übergeben mit der Rückfallklausel, daß das Haus an den Staat zurückfällt, wenn weniger als 200 Betten unterhalten werden.

Bethanien war für Kreuzberg die wichtigste medizinische Versorgungsstelle. Der Staat unterstützte das Krankenhaus. Noch!!

1964/65

wurden ca. 8. Mill. DM von Senat und Kirche für den Umbau und Renovierung - u.a. für modernste Ausrüstung der OP - Säle - investiert.

1966

stoppte der Senat die Zuschüsse für das Krankenhaus, entgegen allen früheren Zusagen. Damit war Bethanien zur Schließung verurteilt, da die Kirche ohne Senatszuschüsse nicht bereit war, das Krankenhaus weiterzubetreiben.

1968

wird mit dem Bau des Urban-Krankenhauses begonnen.

Es war dem Senat bekannt, daß die Bettenzahl im neuen Krankenhaus von vornherein nicht ausreichend war. Trotzdem blieb der SPD-Senat bei seinem volksfeindlichen Entschluß, die Zuschüsse für Bethanien zu streichen.

Um die Kirche zu beschwichtigen, verzichtet der Senat auf die Rückfallklausel und verschenkte somit das Haus. - Die Kirche aber wollte ohne finanzielle Unterstützung des Senats den Krankenhausbetrieb nicht aufrechterhalten. Sie versuchte, den gesamten Komplex an eine Baugesellschaft zu verkaufen

1969

war eine große Grippe-Epidemie, die auch von der Kohlenknappheit herrührte, und trotzdem hat der Senat das Bethanien-Krankenhaus langsam schließen lassen.

Die Kreuzberger Bevölkerung und das gesamte Pflegepersonal waren entschieden gegen diese Schließung. Inzwischen wurde nach Verhandlungen zwischen Kirche und der Baugesellschaft "Neue Heimat" die Spekulationsarchitektin Kressmann-Zschach beauftragt, Pläne zu entwerfen, für die sie 700 000 DM kassierte. Die Pläne sahen den vollständigen Abriß vor. Neubauten mit einem Baukostenzuschuß von 5.000 DM pro Wohnung sollten auf dem Bethanien-Gelände gebaut werden - was natürlich kein Kreuzberger bezahlen konnte.

Dieses abgekartete Spiel ließ sich nicht verheimlichen. Die Bevölkerung nahm ab 1969 bis Mitte 1970 den Kampf auf. Arbeiter, Krankenschwestern, Ärzte und Studenten, vor allem die KPD/ML, die Stadtteilgruppe Kreuzberg, Lehrlinge, Jungarbeiter und Sozialarbeiter und eine Stadtteilgruppe der Jusos unterstützten den Kampf der Bevölkerung gegen die Schließung des Krankenhauses. Zunächst informierte man die bürgerliche Presse. Die KPD/ML führte eine Agitation mit einer Serie von 3 Flugblättern durch - plus Hausbesuchen. Ziel war eine massenhafte Demonstration der Bevölkerung, wobei die Aufrechterhaltung des Krankenhauses bzw. der Rückkauf des Hauses gefordert wurden.

Der Erfolg:

Durch den massiven Druck der Bevölkerung wurde der Senat gezwungen, das verschenkte Haus für 10,5 Millionen DM aus Steuergeldern zurückzukaufen. Die Schließung des Hauses konnte nicht verhindert werden,

- weil der Senat sich keinen Deut um die Bedürfnisse der Kreuzberger Bevölkerung kümmerte,
- weil die Jusos als einzige Gruppe den spalterischen Vorschlag machte, das Krankenhaus Bethanien in ein Arbeiterkulturzentrum zu verwandeln und
- weil die KPD/ML den Kampf nicht weitergeführt hat.

Am 22.12.1970 stellten der Senator für Wissenschaft und Kunst und das Bezirksamt Kreuzberg, das erstmalig nachträglich Bedarf angemeldet hatte, folgende Pläne für Bethanien auf:

Räume für Kunstausstellungen - Park als Ausstellungsgelände - Räume für den Staats- und Domchor, Druckwerkstätten.

Weiterhin sollten untergebracht werden:

Seniorenzentrum, schulpraktisches Seminar, schulpsychologischer Dienst, Gartenbauamt, Verwaltungsamt, Sanierungsstelle, Jugend- und Kommunikationszentrum Kindertagesstätten und eine türkische Arbeiterwohlfahrt.

Trotz dieser Pläne stand das beheizte Bethanien seit 1970 leer, der Park blieb für die Kreuzberger Bevölkerung verschlossen - bis die Bevölkerung wieder den Kampf aufnahm:

Am 3. Juli 1971 besetzten 300 Kreuzberger Jugendliche ein leerstehendes Fabrikgebäude am Mariannenplatz. Sie wollten ein Jugendzentrum aufmachen und es selbst organisieren. Um die Jugendlichen zu spalten, bot Erwin Beck, der Stadtrat für Jugend und Sport, im Winter das beheizte Martha-Maria-Haus im Bethanien-Gelände den Jugendlichen als neues Jugendzentrum an. Mit Heimleitung! Der Senat wollte die Selbstorganisation damit zerschlagen. Die Jugendlichen lehnten ab und forderten das Martha-Maria-Haus als Wohnheim für Lehrlinge und Jungarbeiter. Dazu fand am 28.11.1971 eine Verhandlung zwischen den Jugendlichen und dem Bezirksamt Kreuzberg sowie mit Vertretern des Senators für Jugend und Sport statt. Es wurde erreicht, daß ihnen eventuell eine Etage zugebilligt würde, was natürlich für die schlechte Situation der Kreuzberger Jugend nicht ausreichte. Darum wurde das Haus besetzt (Georg-von-Rauch-Haus).

Erneut versuchte nun der Senat, die Bevölkerung zu spalten:

der SPD-Senat wollte in das ohnehin schon übervolle Haus alle Gruppen reinpfuschen, die dringend Räume im Bethanien gefordert hatten. So sollten sich Kreuzberger Eltern aus einer Eltern-Kind-Gruppe mit den Jugendlichen um die von beiden Seiten dringend benötigten Räume schlagen.

Aber man einigte sich:

Eltern, Kinder und Jugendliche besetzten ein weiteres Gebäude auf dem Bethanien-Gelände für die Kindergruppen - das Feierabend-Haus.

Aufgrund der veränderten Situation stellte Ende 1972 eine Kommission erneut Pläne für

die Nutzung Bethaniens auf. Unter dem Druck der Bevölkerung hatte der Senat auch das Projekt "Internat des Staats- und Domchores" zurückziehen müssen. Anstatt, daß nun die Räume von den Kreuzberger Bevölkerung genutzt werden können, erhebt der Senator für Wissenschaft und Kunst weiterhin ausdrücklich Anspruch auf Bethanien, da die Einrichtungen für Künstler im "Hinblick auf Berlin als Kunststadt" von erheblicher Bedeutung seien.

"3000 Künstler leben hier in einer Notsituation", durch das Druckgraphikgewerbe soll sich die Lage der Künstler verbessern. Für 50 Künstler aus dem Ausland und Berlin sollen 25 Werkräume, Ateliers und Arbeitsräume, Gemeinschaftsräume sowie Verwaltungsräume eingerichtet werden, außerdem eine Druck- und Siebdruckwerkstatt. Kostenpunkt:

2 Mill. DM für Umbaukosten
900 000 DM für Druckmaschinen und Mobiliar
700 000 DM für die laufenden Kosten pro Jahr.

Die Straßenzelle der KPD in der Manteuffelstraße nahm den Kampf um Bethanien wieder auf und kam aufgrund ihrer intensiven Untersuchungsarbeit zu dem Ergebnis, daß, wegen der großen Kinderzahl und der wenigen Kinderärzte in Kreuzberg (es gab zu dem Zeitpunkt für 10.000 Kinder nur eine Kinderärztin, die jedoch wegen Arbeitsüberlastung keine Hausbesuche machen konnte), die elementarste Forderung in diesem Bezirk, die nach der Verbesserung der medizinischen Versorgung, besonders für die Kinder, sei.

DER KAMPF UM POLIKLINIKEN HAT EBENFALLS EINE GESCHICHTE.

Polikliniken sind staatliche Einrichtungen, für die ambulante Gesundheitsversorgung. In Deutschland wurden sie das erste Mal 1923 eingerichtet und bedeuteten für die Werktätigen eine bessere gesundheitliche Versorgung. Die Ärzteschaft bekämpfte aber diese Einrichtung. Die Schließung der Polikliniken gelang unter der Herrschaft des Faschismus.

Nach dem 2. Weltkrieg setzte der SPD-Senat auf Betreiben der Ärzteschaft seit 1952 die Schließung der Polikliniken ins Westberlin durch. Trotz heftigen Protest der Berliner Werktätigen konnte die Schließung nicht verhindert werden, denn dieser Protest war unorganisiert und es fehlte eine klare politische Führung.

1. Der Kampf um Polikliniken in der Weimarer Republik

1923 (Inflationsjahr) wollten die Kassen die Kassenarztzulassungen vermindern, da die Beiträge für die Krankenkassen entwertet waren, bevor sie diese überhaupt bekamen. Die Gewerkschaftsführer und die Sozialdemokratie forderten die Abschaffung der ärztlichen Behandlung auf Krankenscheine. Die KPD forderte Zentralisierung der Krankenkassen und Zwangsversicherung aller. Dies hätte die Verwaltungskosten der Kassen stark gesenkt. Die Kassen waren nicht in der Lage, die Arzthonorare aufzubessern und so drohten die Ärzte, die Behandlung sämtlicher Kassenpatienten einzustellen.

Dieser Streik konnte zunächst verhindert werden. Um die medizinische Versorgung der Werktätigen aufrecht zu erhalten, richtete der Verband der Krankenkassen im Dezember 1923 Ambulatorien ein. 1924 wurden sie in Betrieb genommen. Die KPD setzte sich für die Polikliniken ein, denn ein Ärztestreik auf Kosten der Werktätigen sei eine reaktionäre Maßnahme, man sollte nicht die freie Ärzteschaft, sondern Polikliniken und Ambulatorien fordern. Die Bevölkerung ging gerne zu den Polikliniken denn die verfügten über beste medizinische Kenntnisse, Hilfsmittel und Fachärzte waren an einem Ort vertreten. Die freipraktizierenden Ärzte kämpften weiter gegen diese Einrichtungen und 1933, als der Faschismus an die Macht kam, wurden 38 Ambulatorien mit Unterstützung des Ärzteverbandes geschlossen.

2. Die Wiedereinrichtung von Polikliniken und Ambulatorien nach 1945 in Berlin

Nach dem 2. Weltkrieg war die Gesundheitsversorgung fast zusammengebrochen. Epidemien wie Typhus, Ruhr, Diphtherie und Scharlach waren an der Tagesordnung. Die Ärzte waren bis 1947 nicht in der Lage, die ambulante Versorgung der Werktätigen zu gewährleisten. Die Arbeiterklasse in der SBZ (Sowj. besetzten Zone) hatten sich Polikliniken und Ambulatorien erkämpft. In Berlin forderten die Arbeiter ebenfalls Polikliniken und Ambulatorien. Die SED stellte den Antrag unter folgender Begründung: Die ärztliche Versorgung ist bis jetzt unzureichend. Die Bezirke mit Arbeiterbevölkerung leiden am meisten darunter. Die Bourgeoisie hatte ebenfalls Interesse an Polikliniken und Ambulatorien, denn die ambulante Versorgung war weiterhin schlecht. Darum stimmten die bürgerlichen Parteien dem An-

trag der SED zu. Die Zahl der Polikliniken stieg 1948 schnell an, und erfreuten sich bei den Werktätigen großer Beliebtheit. Anfang 1952 existierten 90 Polikliniken mit über 100 Fachabteilungen. Dort arbeiteten angestellte Krankenhausärzte. Diese bekamen ein festes Gehalt und das Krankenscheinsammeln wurde dadurch überflüssig gemacht.

3. Schließung der Polikliniken in den Westsektoren Berlins

In den Berliner Westsektoren begann die Bourgeoisie systematisch mit der SPD-Führungsclique, die Errungenschaften der Werktätigen wieder abzubauen. Die Rolle der SPD ist charakteristisch: Auf der einen Seite gab sie sich wortradikal und stellte Forderungen auf wie "Jeder hat das Recht auf Erhaltung und Wiederherstellung seiner Gesundheit. Das kann nur durch Ausbau des vorbeugenden und heilenden Gesundheitswesens in einer umfassenden Gesundheitssicherung erreicht werden." Auf der anderen Seite leitete dieselbe Partei als Regierungspartei in Berlin 1952 die Schließung der Polikliniken ein.

Der Staat war gezwungen, um gegen die Konkurrenz der anderen Staaten anzukommen, möglichst schnell wieder eine Leistungsfähigkeit zu erreichen, und mußte schärfste Sparmaßnahmen durchsetzen. In allem nicht unmittelbar produktiven Bereichen (z.B. Gesundheitswesen) Der Senat von Westberlin strich 1952 für die Polikliniken 10.000 DM, 1953 sämtliche Ausgaben. Ebenso wurden auch die Betten reduziert. Folgende Erklärungen gab es dafür: "Unsere Tendenz geht dahin, möglichst wenig Polikliniken und Ambulatorien zu belassen. Die freie Ärzteschaft ist bei der Bekämpfung der Krankheiten die erste Front, die gestärkt wird."

SPD

Es ist unsere Pflicht, ihnen zu helfen. Nach 1945 waren Polikliniken gerechtfertigt, da Ärztemangel in Berlin herrschte. Jetzt aber ist Berlin hinreichend mit Ärzten versorgt. Es besteht kein Bedürfnis mehr an Polikliniken und Ambulatorien."

Nachdem 1952 38 Polikliniken auf Verfügung des SPD-Senats hin geschlossen wurden, machte sich eine große Empörung unter den Werktätigen breit; darum stellte die SPD-Fraktion in demagogischer Art und Weise im Senat den Antrag, die Schließung der Polikliniken wieder rückgängig zu machen. Begründung unter anderem: "Die Sozialdemokratie denkt an den Kranken und legt darum auf die Erhaltung der Polikliniken größten Wert." Über diesen Antrag wurde nicht entschieden. Er wurde an den Ausschuß für Gesundheitswesen überwiesen, von dem er bis November 1952 verschleppt wurde. Dann stimmte die SPD-Fraktion gegen ihren eigenen Antrag. Die freipraktizierenden Ärzte gingen vor Gericht, um die Schließung der Polikliniken zu erreichen. Das Verwaltungsgericht (Berlin) entschied folgendermaßen:

"Die VAB (Versicherungsanstalt Berlin) habe Ambulatorien in Berlin zu unterlassen, soweit sie nicht vor dem 1.7.1952 eingerichtet worden waren."

Das Gericht verteidigte also die Interessen der Ärzteschaft. Die SPD unterstützte die Position der Kassenärzte. In der "Berliner Stimme", Hausblatt der SPD, hieß es:

"Die freie medizinische Entscheidung in freiberuflicher ärztlicher Tätigkeit zwischen Arzt und Patient muß gesichert und geschützt werden."

Die Ereignisse 1952 waren der Anfang der systematischen Einschränkung jeglicher poliklinischer Tätigkeit. Heute existieren nur noch die Polikliniken der Universität und ein Ambulatorium von der AOK.

1955 erhielt die 1952 vollzogene Schließung der Polikliniken durch die SPD einen gesetzlichen Rahmen. 1955 wurde unter der Adenauer-Regierung in Bonn das Gesetz über das Monopol für die freipraktizierenden Ärzte mit den Stimmen der SPD im Bundestag verabschiedet. Der SPD-Senat übernahm das Gesetz in Berlin!

CDU
+
SPD

Die Schließung der Polikliniken ist ein Beispiel für die arbeiterfeindliche Politik des SPD-Senats und ein Beispiel, daß die Errungenschaften der Arbeiterklasse ständig bedroht sind.



UNSERE FORDERUNGEN FÜR BETHANIE UND URBAN :

Die medizinische Versorgung ist in Kreuzberg besonders schlecht.- Auf 12000 Kinder im 36-er Bezirk einen Kinderarzt für deutsche, einen für ausländische Kinder - das sind Zahlen, die genug erschrecken!

Im 61. Bezirk sieht es genauso aus:
4 Kinderärzte auf 14000 Kinder, davon 10000 ausländische. Die Ärzte haben keinen Dolmetscher und können sich meist mit den Patienten nicht verständigen.
Dazu die Bedingungen der Ärzte:
Ein Arzt nimmt nur Kinder unter 4 Jahren, damit die wenigstens einigermaßen versorgt werden. Ältere Kinder sollen zum praktischen Arzt gehen. Er macht keine Hausbesuche!
Eine Ärztin ist über 70 Jahre alt. Sie meint selber, daß schon längst pensioniert sein könnte; dann wäre noch ein Arzt weniger da.
Ein weiterer Arzt praktiziert nur vier mal in der Woche, auch dann hauptsächlich Privatpatienten.
Vierte Ärztin ist so überlaufen, daß Wartezeiten bis zu vier Stunden möglich sind. Die Warteschlangen sind oft von der Praxis im 1. Stock bis zur Haustür. Dann warten bis zu 50 Leute. Sie fährt zwei mal im Jahr zur Kur. Bisher hatte sie keine Vertretung; nur die Sprechstundenhilfe war zu erreichen, die auf vorgefertigten Rezepten gewünschte Medikamente verschrieb.

Kinder in Kreuzberg: 1972	
Kinder insgesamt in Kreuzberg:	26434
Kinder unter 6 Jahren in Kreuzb.:	11283
Ausl. Kinder unter 6 Jahren	: 8301
Ausl. Kinder insgesamt in Kr.	: 19000

Kreuzberg ist ein Arbeiterviertel, in dem die Wohnverhältnisse schlecht sind und die Bevölkerungsdichte groß ist.- Die Kinder wohnen in einer Umgebung, in der Krankheiten besonders leicht entstehen: dunkle und feuchte Wohnungen, Lärm und wenig Licht, wenige und schmutzige Spielplätze. Aber neben der schlechten ambulanten Gesundheitsversorgung besteht nicht einmal eine Kinderabteilung an einem Krankenhaus. Die Kinderabteilung am Urban-Krankenhaus und die Kinderabteilung im alten Bethanien-Krankenhaus wurden von Senat und Bezirksamt geschlossen. Nachts, am Mittwoch Nachmittag und am Wochenende gibt es praktisch keine Versorgung der Kinder.
Bei schweren Unfällen sind lange Fahrtwege bis zum Mariendorferweg notwendig. Für chirurgischen Eingriffen muß man sogar bis zum Kinderkrankenhaus Wedding fahren, was in verkehrsreichen Tageszeiten über eine Stunde dauern kann.

Unmittelbar mit der Kinderversorgung gehört die Anzahl der Fachärzte für HNO, Psychiatrie und Augen zusammen. Eine Studie hat ergeben, daß die häufigsten Überweisungen von Kinderärzten zu diesen Fachrichtungen gehen.

Auch in diesen Fachrichtungen liegt Kreuzberg unter dem Berliner Durchschnitt.
Fehlbestand an Fachärzten: in Kreuzberg nach Berliner Durchschnitt:

HNO : 0,7 es gibt nur 7 statt 8 Ärzte
Orthopädie: 1,2 " 4 statt 6 Ärzte
Kinder- und Jugendpsychiatrie fehlt ganz!
Augen entspricht dem Berliner Durchschnitt.

Wie schlecht versorgt diese Bereiche sind, zeigt eine Studie der Kleinkinderfürsorgestellen von 1966. Sie ergab:

26,1% (2900) Kinder bedürfen einer orthopädischen Behandlung - davon waren 15,3% (entsprechen 1450 Kinder in Kreuzberg) nicht behandelt.
1,6 % (127 Kinder in Kreuzb.) litten unter Schwerhörigkeit, davon 1,2% (90 Kinder) unbehandelt. Insgesamt waren 23,7% (3000 Kinder) in HNO behandlungsbedürftig, jedoch 19,5% (1500 Kinder) ohne Behandlung.

Zu wenig Kinderärzte!

Keine getrennten Wartezimmer für Kinder mit Infektionskrankheiten!

Gleichzeitige Behandlung von mehreren Kindern!

Ausfüllung der Fürsorgehefte, ohne die Kinder untersucht zu haben!

Kein Spielzeug für Kinder in den Warteräumen!

Eine ambulante Gesundheitsversorgung, die nur 27 Stunden, während der Sprechstunden der Ärzte in der Woche existiert!

Außerhalb der Sprechstunden der Ärzte keine ambulante Behandlung für Kinder!

Fehlen einer Kinderabteilung mit Kinderbetten!

Behandlungsverbot der Ärzte am Urban-Krankenhaus für Kinder!

Keine Dolmetscher in den Fraxen der Ärzte!

So läßt sich die Situation um die Gesundheitsversorgung der Kinder kurz umreißen!

- Weil der Senat und das Bezirksamt durch Sparmaßnahmen eine ständige Verschlechterung der medizinischen Versorgung verursacht haben,-

Die schlechte kinderärztliche Versorgung besteht, obwohl nirgends die Warteliste für fachärztliche Ausbildung so lang ist wie bei Kinderärzten!
Obwohl 50% aller geprüften Krankenschwestern nicht ihren Beruf wegen fehlender Planstellen ausüben können!

- Weil der Senat durch die Schließung mehrerer Kinderkrankenhäuser in den kommenden Jahren (Kinderklinik Charlottenburg, die Kinderabteilungen in Moabit, Wilmersdorf, des Rittberg - Krankenhauses) eine weitere Verschlechterung plant,-

- Weil Senat und Bezirksamt trotz schöner Reden nichts für eine Verbesserung getan haben,-

Argumente der SPD:

1973 kommt auf jedes Bett eine Pflegekraft!
1975 werden es zwei sein!

Realität: Heute hat das Urban 1300 Betten,
doch nur 700 Pflegekräfte.
400 000 sind für Pflegekräfte kürzlich
(Extrawachen) gestrichen worden.

- Weil Senat und Bezirksamt durch Polizeieinsatz die Forderung nach einer Kinderpoliklinik ins Bethanien mit Gewalt unterdrückt haben,-
 - Weil der Senat und das Bezirksamt durch Lügen und Verdrehungen die Undurchführbarkeit der Forderung "Kinderpoliklinik ins Bethanien" vorgetäuscht haben,-
- deshalb dulden wir keine ihrer halbherzigen "Alternativen", die den Bedürfnissen der Werktätigen keineswegs entsprechen, sondern stellen unsere Forderungen hiermit klar und unmißverständlich:

Für Bethanien fordern wir:

I. Sofortige Einrichtung einer Poliklinik, die Tag und Nacht geöffnet ist, die eine Röntgen- und Operationsbereitschaft besitzt,-
an der eine ausreichende Zahl

Dolmetscher angestellt sind -
und die das volle Behandlungsrecht für alle Kinderkrankheiten besitzt.

II. Der Poliklinik muß angeschlossen sein:
Behandlungsstellen für Säuglings- und Kinderfürsorge, Reihenuntersuchungen und Impfungen.
Der Poliklinik muß angeschlossen sein:
Eine Beratungsstelle für Säuglings- und Kinderernährung mit Behandlungsrecht.

Eine orthopädische Fürsorge- und Behandlungsstelle - besonders für haltungsgestörte und spastische Kinder.
Die Möglichkeit einer krankengymnastischen Behandlung muß gegeben sein (mit Bäderabteilung)

Eine ausreichende Zahl von Kinderpsychologen, Pädagogen, ausreichende Menge an Spiel- und Lehrmaterial muß geboten werden, um den genesenden Kindern ihre Isolation so leicht wie möglich zu machen.

Fürs Urban Krankenhaus fordern wir:

Die einzige Schwangerschaftsberatungsstelle Kreuzbergs, die dem Urban Krankenhaus angegliedert ist, muß erhalten:

Anschluß an die gynäkologisch - geburtshelferische Abteilung,- ausreichende Zahl türkischer und jugoslawischer Dolmetscher, breite Aufklärung der Bevölkerung über diese Schwangerschaftsberatung in allen Sprachen der ausländischen Kollegen und volles Untersuchungs- und Behandlungsrecht ist zu gewährleisten.

Alle Beratungs- und Behandlungsstellen müssen zu Zeiten geöffnet sein, die für die Werktätigen günstig liegen.

III. Kreuzberg braucht eine Kinderabteilung mit mindestens 130 Betten (errechnete Zahl aus Krankheitshäufigkeit, Krankheitsdauer und Kinderzahl - siehe Bettenbedarfsplan).
Die Hälfte dieser Betten müssen auf chirurgischen Stationen stehen, auf denen auch Hals-, Nasen-, Ohrenkrankheiten (z.B. Mandeloperationen) behandelt werden können.

Eine Intensivpflegestation für Neugeborene und Kinder ist unbedingt erforderlich.

DER VERLAUF DES KAMPFES 1973-74

1. Die Gründung des Kampfkomitees "Für eine Kinderpoliklinik ins Bethanien"

Anhand von Untersuchungen über das neue Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHFG), die Geschichte der SPD-Gesundheitspolitik, des Geschäfts mit der Krankheit (vergl. hierzu Spiegelserie von 1972 "Das Geschäft mit der Krankheit") nehmen die Genossen der Straßenzelle Manteuffelstraße der KPD Kontakt auf zu einigen Eltern-Kind-Gruppen des Bethanienhauses, der Bürgerinitiative der Martha-Maria-Gemeinde, die bereits mit Gesundheitsstadtrat Pietschker wegen der medizinischen Benutzung Bethaniens in Verhandlungen getreten war, Kontakt zu den Bewohnern des Georg-von-Rauch-Hauses und des Weißbecker Hauses, der KPD/ML, zu Sozialarbeitern, Medizinstudenten und Beschäftigten des Urban-Krankenhauses.

Die gemeinsame Arbeit für eine Kinderpoliklinik wird beschlossen - mit der Propagierung der Forderung und des Programmes sofort begonnen:

"Die Straßenzelle Manteuffelstraße der KPD fordert alle fortschrittlichen Menschen und politischen Gruppen auf, sich in einem Kampfkomitee "Kinderpoliklinik ins Bethanien" zu organisieren.

- Wir werden Unterschriften im ganzen Bezirk sammeln. Durch Flugblätter, Hausbesuche und Kundgebungen werden wir die Bevölkerung auffordern, den Kampf gegen die Gesundheitspolitik zu unterstützen. Wir

werden ... alle notwendigen Mittel anwenden, um den Senat zu zwingen, unsere Forderung zu verwirklichen! Kein Künstlerzentrum ins Bethanien! Kinderpoliklinik ins Bethanien!"

(Kommunistische Presse, Sonderdruck, Straßenzelle Manteuffelstraße der KPD, August 1973)

Die ersten Unterschriftensammlungen sind sehr erfolgreich, die ersten Mitglieder des Kampfkomitees z.B. sammeln vor Bilka in 2 Stunden 266 Unterschriften. - Eine Fürsorgestelle unterschreibt geschlossen die Forderung, - ein Arzt am Urban-Krankenhaus sammelt allein 170 Unterschriften unter dem Personal. Die Kreuzberger unterstützen die Arbeit des Kampfkomitees durch ihre Unterschriften!

Es geht eine Aufforderung an die SPD, Stellung zu nehmen auf einer öffentlichen Veranstaltung des Kampfkomitees (im folgenden mit KK bezeichnet) - vergl. Brief des KK vom 13.9.)

Am 19. September erscheinen 120 Kreuzberger im Lokal Max und Moritz. In Referaten und Diskussionsbeiträgen wird der grauenhafte Zustand der medizinischen Versorgung in Kreuzberg dargestellt, die Ursachen hervorgehoben. Die Angestellten der Fürsorgestelle betonen: "Das Elend

der Kinder schreit zum Himmel. Aber wir brechen unter der Arbeit zusammen, wir können nichts machen. Wir dürfen noch nicht mal die Kinder behandeln... Die Ursache des Übels ist das Monopol der freipraktizierenden Ärzte!" Ein Familienvater sagt: "Was hier in diesem Arbeiterviertel mit uns gemacht wird, wie unsere Kinder ruiniert werden, das ist die Anwendung brutaler Gewalt..." - Aber es ist kein SPD-Vertreter zu dieser Veranstaltung erschienen! -

Die Genossen des KK's fassen die Diskussion zusammen: "Die Zeit der Apelle und der Bettelei die Zeit der harmlosen Bürgerinitiative ist jetzt

vorbei. Entfachen wir eine Volksbewegung für die Kinderpoliklinik ins Bethanien!" (vergl. auch Der Abend, 20.9.1973)

2. Zustimmung in ganz Kreuzberg

Im September und Oktober 1973 wächst das KK rasch an. Wöchentliche Sitzungen finden statt, jede Sitzung ist eine öffentliche Veranstaltung mit gut 100 Leuten, aber nicht ein einziges Mal nimmt ein Vertreter des Bezirksamtes zu den Vorwürfen Stellung. Die bürgerliche Presse veröffentlicht Leserbriefe von Ärzten, berichtet von den Untersuchungen des KK's, oder ergreift vorsichtig Partei nach dem Motto "dieser Mißstand ist ein Schönheitsfehler und sollte korrigiert werden." Solidaritätsresolutionen werden dem KK überbracht. 80 Angehörige der "Schaubühne am Halleschen Ufer" diskutieren erregt über Künstlerzentrum oder Poliklinik und stellen sich an die Seite der notleidenden Bevölkerung. An den Hochschulen und Schulen werden Unterstützungsaktive von den Studenten gebildet, Kreuzberger Hauptschullehrer beschließen die Probleme in ihrer Gewerkschaft zu erörtern und mit den Schülern im Unterricht darüber zu sprechen. Unter Berliner Künstlern, deren Arbeitsbedingungen auch im KK erörtert werden, entsteht ebenfalls die Diskussion über die medizinische Versorgung hier im Bezirk. Unter dem Titel "Welche Kunst braucht Kreuzberg" schreibt ein Berliner Künstler im "Berliner Kunstblatt", 3. Jahrgang, Nr. 5 "...Sanierung, katastrophale medizinische Versorgung und Künstlerhaus statt Kinderpoliklinik (stehen) in dem Zusammenhang, daß sie Teil einer Politik sind ... die die Arbeiterbevölkerung aus Kreuzberg weitgehend wegsaniert. Gegen diese Funktion des Künstlerhauses sollten wir Künstler uns zur Wehr setzen..." (S. 7)

Schließlich wird eine "Künstlerinitiative" organisiert, die große Bildtransparente herstellt und

durch Propagandamaterialien die Kampagne unterstützt. - Die Kreuzberger Kindergruppe "Die Keule" entwirft Comic strips für Kinder.

Am Urban-Krankenhaus entsteht inzwischen das "Unterstützungsaktiv für eine Kinderpoliklinik ins Bethanien". Kurz darauf gründen Kreuzberger Lehrer ebenfalls ein solches Unterstützungsaktiv.

Besorgt winkt die Landesorganisation der Berliner Ärzte dem Senat mit dem Zaunpfahl. Man solle doch den Ärzten zinslose Kredite von 100 000 DM gewähren, dann ließen sich sicher auch ein paar Kinderärzte in Kreuzberg nieder. (vergl. hierzu: "Berliner Ärztekammer" vom 20. Sept. 1973)

Noch mehr Geld aus unserem Steuersäckel? ins Geschäft mit der Krankheit verpulvern?

In diesen Wochen werden Stück für Stück die skandalösen Vorfälle um den Steglitzer Kreisel enthüllt. 320 Millionen DM von unserem Geld in den Hals der Spekulanten! Die sozialdemokratischen Herren und Frau Kreßmann-Zschach haben sich gesund gestoßen.

3. Erste Reaktion der SPD - Polizeiüberfall

Von seiten der verantwortlichen Politiker ist immer noch nichts zu hören, als der ständige Hinweis auf die Baufälligkeit des Bethanien-Gebäudes. "Die sachlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer Kinderpoliklinik sind im Bethanienkomplex nicht einmal ansatzweise gegeben." (Presseerklärung der SPD, Tagesspiegel 1973)

Keine politische Stellungnahme, die Herren sind entschlossen, im "Zuge der Stadteerneuerung ... die Standortattraktivität Kreuzbergs zu erhöhen", sprich das Künstlerzentrum, als Schachzug der volksfeindlichen Sanierungspolitik, bereitet der Schickeria Berlins das Nest, lockt Bauunternehmen, dort zu investieren. - Die katastrophale medizinische Ver-

sorgung hilft andererseits, die Arbeiter an den Stadtrand in die teuren Neubauten zu vertreiben.

Auf der anderen Seite aber sind mehrere Tausend Unterschriften abgegeben worden, eine Demonstration erfolgreich durchgeführt, das KK den meisten Kreuzbergern bekannt. Auch daß die KPD im KK mitarbeitet wissen alle.

Trotzdem ist klar: wir sind zu wenig Aktive, viele Leute lassen sich trotz

steigender Preise, Arbeitshetze in den Fabriken, der sogenannten "Oelkrise" und der politischen Skandale in dieser Stadt von der sozialdemokratischen Propaganda täuschen.

Das "sachliche" und einzige Argument des SPD-Sena Senats, Bethanien sei baufällig und als Kinderpoliklinik nicht geeignet, muß als Lüge entlarvt werden. Darum wird Bethanien am 24. November 1973 vom KK besetzt.

"Am Samstag um 10 Uhr morgens läutete nach 3 Jahren zum ersten Mal wieder die Glocke des ehemaligen Bethanien-Krankenhauses. Ab 10 Uhr wurden auch im ganzen Stadtteil Flugblätter verteilt, die zur öffentlichen Besichtigung einluden. Es kamen Hunderte von Kreuzberger; Mütter mit ihren Kindern,

ältere Kreuzberger und ehemalige Beschäftigte des Bethanien-Krankenhauses. Vom Kampfkomitee wurden mehr als 15 Führungen durch das Haus organisiert. So wurden die Besucher in den Röntgenraum geführt, wo noch alle Anschlüsse für die Apparate vorhanden sind. Ein Arzt erklärte ihnen die mögliche Verwendung der Räume für eine Kinderpoliklinik... Besonders begeistert waren die Besucher über die Sauerstoffanlage, die in die Wand eingelassen ist, und die jedem Patienten in kürzester Zeit ermöglicht, an die "frische Luft" ange-

schlossen zu werden.

...Überall waren die Spuren der Renovierung von 1964/65 kurz vor der Schließung des Hauses zu sehen. So sind die Wände gut erhalten und trocken. Besondere Empörung herrschte darüber, daß die leerstehenden Räume über Jahre hinweg geheizt wurden....

Während die Arbeiter in vielen Fabriken wegen angeblicher Heizkostensparnis bei Temperaturen unter 15 Grad arbeiten müssen, hat das leerstehende Bethaniengebäude eine ständige Innentemperatur von 23 Grad! Eine Großmutter sagte immer wieder zu ihrem Enkel: "Ach, wenn du doch hier liegen könntest anstatt in Reinickendorf, wo du doch immer so viel krank bist!"

(aus Kommunistische Presse, Straßenzelle Mantuffelstraße der KPD, 1.12.1973)

Nach drei Stunden wird die Polizei geschickt, um mit Gewalt die öffentliche Besichtigung zu beenden. Mehrere Hundertschaften von Polizisten überfallen noch an der Kottbusser Brücke die sich zurückziehenden Demonstranten. Zu Fünft stürzen sich die Polizisten auf einen unbeteiligten Passanten, den sie solange knüppeln, bis er am Boden liegt. Flüchtende wurden bis in die Häuser und in hochgelegene Stockwerke verfolgt, die Rettungsstelle am Urban muß 12 Verletzte verbinden und versorgen. Angesprochen auf den von ihm zu verantwortenden Einsatz der mit Tränengasbomben ausgerüsteten Polizei gegenüber der Kreuzberger Bevölkerung sagt Bürgermeister Abendroth am selben Tag um 12.00 Uhr 45 Min.: "Das haben die sich selbst zuzuschreiben!" (vergl. auch Bethanien-Zeitung Nr. 5, Seite 6).

Dieser Tag war für die bürgerliche Presse das Zeichen, nun kein gutes Wort mehr über das KK zu berichten. Im Fernsehen heißt es abschlie-

Bend am 27. November, die Besetzung habe die berechtigten Forderungen der Kreuzberger in Mißkredit gebracht!

Bei wem? - Müssen wir fragen.
Bei der Kreuzberger Bevölkerung - oder beim SPD-Senat???

Ein Sprecher unseres KK stellt am 7. Dezember 73 in einer Versammlung in der "Neuen Welt" fest, daß mit e i n e r Ausnahme unsere Hausbesuchstrupps kein Wort der Mißbilligung zur Besetzung gehört haben. Zahlreiche Kreuzberger, ob ausländische oder deutsche Arbeiterfamilien, hatten noch am Vormittag beschlossen, nach dem Mittagessen das Bethaniengebäude zu besichtigen; unsere Aktion wurde also von den meisten, mit denen wir sprachen, für richtig befunden. Daraufhin beschließen 2000 Besucher dieser Veranstaltung weiterzukämpfen!

4. Das KK baut Straßentrupps auf

Im November, Dezember 1973 und Januar 1974 organisieren sich die Mitglieder des KK's in Straßentrupps, um sich somit in kleineren Gruppen in der Kreuzberger Bevölkerung zu verankern. Im 36er Bezirk vor allem, später aber auch im 61er (Nostizstraße und Katzbachstraße) arbeiten Gruppen von KK-Mitgliedern, um noch enger mit der Bevölkerung verbunden zu sein, mehr Menschen aus dem Wohnbereich in den Kampf einzubeziehen.

Aber es gibt nach kurzen Anfangserfolgen Niederlagen. Es geht alles viel langsamer voran, als man es sich wünscht, Resignation verbreitet sich. Viele Mitglieder machen nicht mehr mit.

Im KK wird ein Sekretariat gewählt, das über Protokolle der Agitationsgespräche die Erfahrungen zusammenfassen soll. Immer wieder entdecken wir, daß es nicht nur ein oder zwei, son-

dern daß es Hunderte von Problemen sind, die die Kreuzberger beschäftigen. Es heißt eine Antwort zu finden. Die Genossen der KPD erklären immer wieder: erfolgreich kann der Kampf nur sein, wenn es gelingt den politischen Zusammenschluß der Werktätigen, die Volkseinheit für die revolutionäre Veränderung der Lebensbedingungen herzustellen.

Was heißt das?

Es entbrennt eine Diskussion um die Perspektive unseres Kampfes, um die Voraussetzungen, die möglichen Bündnispartner. Das KK beginnt, von der Wirklichkeit der Klassengesellschaft drauf gestoßen, sich auf einen langandauernden Kampf einzustellen.

Am 19./20. Januar beteiligen wir uns am "Kongreß für eine ausreichende medizinische Versorgung der werktätigen Bevölkerung", wohin Hunderte von Menschen, die in der medizinischen Versorgung arbeiten, auch aus der BRD, kommen.

Verblüfft und erschrocken über die Ausdauer erkennen die SPD-Führer, daß es nicht gelingen kann, das Künstlerzentrum in einer "Nacht und Nebelaktion" im Bethanien einzurichten.

Widersprüche in der Planung der medizinischen Versorgung reichen bis in die bürgerlichen Kreise (vergl. hierzu die verschiedenen Fernsehsendungen zum Thema Gesundheitswesen etc.)

Nun kommt das Kreuzberger Bezirksamt auf die Idee der schleichenden Umwandlung der entsprechenden Räume fürs Künstlerzentrum - Stück für Stück werden die verbliebenen medizinischen Einrichtungen des Hauses zerschlagen und abtransportiert.

Gleichzeitig aber müssen diese Leute von der Politik des Totschweigens der katastrophalen

X heute auch noch. -27-

medizinischen Versorgung abrücken, denn man muß sich ja, als "Partei sozialer Gerechtigkeit" schon jetzt den Kreuzbergern für die kommende Wahl in Erinnerung rufen.

Das gelingt der SPD aber nicht, denn ...

Am 20. Februar 1974 spricht Gesundheitsstadtrat Pietschker auf einer SPD-Versammlung der Berufsschule Lobeckstraße und wird von über hundert Anwesenden empört ausgepöfeln. Das wiederholt sich am 19. März 1974 in der Muskauer Straße. Pietschker prägt dort das Wort:

Das Künstlerzentrum ist notwendig, um die Kreuzberger aus ihrer Primitivität herauszureißen!"

Und am 19. April 1974 in der Nostizstraße sitzt der SPD-Bezirksverordnete Gericke in der Patsche als er 50 Anwohnern den kapitalistischen Grundsatz der Rentabilität plausibel machen möchte. Die wütenden Arbeiter der Nostizstraße erteilen dem sozialdemokratischen Konzept der "Neuordnung des Gesundheitswesens" durch die im Berliner Bettenbedarfsplan vorgesehene Streichung von 3 200 Krankenhausbetten eine Abfuhr!

Die Arbeit der Straßentrupps ist zwar Schwankungen unterworfen und manchmal gar nicht erfolgreich. Aber in dem Maße, in dem durch die unermüdliche Agitproparbeit unser Verständnis über den Charakter und die Ursachen des Lebens der Volksmassen im Kapitalismus sich weiter entwickelt, angespornt dadurch, daß ein großer Teil der gesamten Kreuzberger Bevölkerung auf unserer Seite steht, wächst auch die Einsicht in das ganze faulende Gesellschaftssystem und der Haß gegen die reaktionären Politiker und Organisationen, die es verteidigen, - wächst die Zahl der Aktiven wieder sprunghaft.

Die Liste der Unterschriften wächst auf ca. 8 000 an - es erscheint innerhalb weniger Monate bereits die 5. Bethanien-Zeitung.

Am 24. April 1974 findet im großen Saal der "Neuen Welt" das Tribunal gegen die Verbrechen der kapitalistischen Gesundheitspolitik statt,

wo viele Kreuzberger spontan von ihren Erfahrungen mit dieser Politik berichten. (vergl. hierzu Bethanien-Zeitung Nr. 6)

Gesundheitsstadtrat Pietschker ist "wegen anderer Termine verhindert" und "kann auch keine Vertreter schicken"! Alle beschließen weiterzukämpfen!!!

Zum 1. Mai beschließen alle Straßentrupps und die Unterstützungsaktive des KK's sich am Demonstrationsblock des Maikomitees der oppositionellen Gewerkschafter zu beteiligen. Gegen die Phrasen der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer von von "Menschlichkeit und sozialem Fortschritt" - - gegen die Gewerkschaftsausschlüsse und die antikommunistische Hetze marschieren wir unter Tausenden und tragen die Spruchbänder gegen die volksfeindliche Gesundheitspolitik und rufen die Parolen "Kinderpoliklinik ins Bethanien!" und "Weg mit dem Krankenhausfinanzierungsgesetz!"

**Bethanien
gehört
uns!**

5. Das KK stört den "Parlamentsfrieden"

Am 28. Mai 1974 gehen wir zum wiederholten Male in die Kreuzberger BVV, um den Abgeordneten unseren Protest in ihr Haus zu tragen - werden aber abgewiesen. Draußen stehen 200 Polizisten, von denen man weiß, daß ihnen die Pistolen immer lockerer sitzen, und drinnen regieren das "Hausrecht" und die "parlamentarischen Spielregeln". Als ein Kollege vom

Urban-Krankenhaus das Wort ergreifen will zum Punkt der Tagesordnung "Aktivitäten des KK's am Urban - Krankenhaus", wird die Polizei eingesetzt, um die Zuschauertribüne zu räumen und der Kollege erhält "Hausverbot". Daraufhin verbreitet das KK einen "Offenen Brief" mit der Forderung, uns endlich offiziell anzuhören, auf unsere Fragen zu antworten. Die SPD sieht sich gezwungen, ein Foto mit dem Urban-Krankenhaus in allen Straßen zu verteilen und auf die Forderung der Kreuzberger nach dem Bethanienkrankenhaus (in der alten Weise) einzugehen, sie muß nun außerdem das öffentliche Hearing (Anhörung) mit dem KK veranstalten.

Einsicht in den Charakter des Parlamentarismus erhielten wir bereits am 2. Mai als der "Gesundheitsausschuß des Bezirksamtes" in einer 10minütigen Prozedur sich über die "Vorfälle am Urban" "informierte". Gesundheitsstadtrat Pietschker, bekanntlich mehr besorgt um die Primitivität von uns Kreuzbergern als um die Heilung unserer Krankheiten, berichtete seinen Kollegen kein Wort über die Auswirkungen des Sparsamkeitsregimes im "modernsten Krankenhaus Europas", dafür erzählte er auf ebracht, daß es ihm und dem Urban-Chef nicht gelungen sei, ein kleines rot-weißes Ding vom Kittel von 60 Angestellten zu entfernen. Dort wird die Plakette des Kampfkomitees getragen. Vor den Augen und Ohren der Kollegen vom Urban und dem KK lieferten sich daraufhin SPD- und CDU-Funktionäre ein kleines Wortgeplänkel. "Das Plakettentragen ist eine unerträgliche politische Belästigung der Patienten" und ver-

das
Bezirks-
amt in
der
Defensive
!

boten, so die CDU, "das Plakettentragen ist eine psychische Beeinträchtigung der Patienten" und verboten, so die SPD. Schließlich wird, weil die SPD ja die Mehrheit hat, mit bierernstem Gesicht dieser "heftige Meinungsstreit" zwischen Opposition und Regierung durch "Händehoch" entschieden und die SPD ist Sieger. Der Blödsinn, die Plakette sei mehr psychisch als politisch ... hat sich "durchgesetzt". Jusos, FDP, SPD, CDU, Alte und Junge, Männer und Frauen, haben 10 Minuten "um die Wahrheit gerungen!" Derselbe Hans Joachim Krause (SPD), der hier den anwesenden Urban-Ärzten das Wort verbietet (parlamentarische Spielregel!), wagt es dann im August, den Kreuzbergern zu versichern, er und seine Partei seien "der Auffassung, daß alle Bürger einen Anspruch auf eine optimale ärztliche Versorgung haben... die SPD ist dabei die Situation zu verändern, ... Unsachlichkeit und Polemik helfen nicht weiter..." (Kreuzberger Echo, August 1974, S. 4)

In den folgenden Wochen und Monaten spitzt sich bis heute die Situation am Urban zu. Die "Herren im Hause Kreuzberg" fanden kein Verständnis beim Personal. Am 3. Mai schon hatte die Maßnahme des Plakettentragen unter Strafe zu stellen, das allgemeine Interesse für das KK verstärkt. Pietschker, der in der selben Woche die Kantine des Krankenhauses betritt, muß sich wortlos davonschleichen, als er da mehr Plaketten als sonst sieht. Im sauberen Viereck gemalt, schmücken die Türme des Bethanien

Das Kunstamt Kreuzberg (in der gleichen Zeitung)

...."Die Betrachtung und die Einführung in die unermeßlich reiche und unendlich weite Welt der Kunst ist ein guter Weg, von den eigenen Nöten weg zu anderen Menschen zu finden..."

Stadtrat Pietschker:

"Kreuzberg braucht ein Künstlerzentrum, damit die Kreuzberger aus ihrer Primitivität herausgerissen werden. Es wird auch in Zukunft kein einziges Kinderbett in Kreuzberg geben!"

BLUBB!

Die Fäulnis und Stagnation dieses Gesellschaftssystems erzeugt Blasen im Gehirn der Drahtzieher.

Ist die Plakette des KK's am Kittel der Ärzte und Krankenschwestern am Urban eine unerträgliche psychische Beeinträchtigung der Patienten? Werden wir davon krank?

X Rederecht

Ist es, wenn das KK Recht im Bezirksgesundheitsausschuß verlangt, Störung und empfindliche Verletzung der Parlamentsordnung? Sicher ist es eine Störung, Störung der Quatschbudenatmosphäre, die Herren können ihre Geschäfte nicht mehr in Ruhe machen.

Von der berechtigten Forderung kann auch nicht SPD-Gerickes Denunzation ablenken, was dieses KK sein sollte, "es soll doch nur ein Problem aufbauschen und die KPD aus dem politischen Ghetto schleppen. Schon immer ist der versuch der Isolierung der im Komitee zusammengeschlossenen Leute von den übrigen Bevölkerung, der Illegalisierung des Komitees durch rücksichtslosen Polizeieinsatz begleitet gewesen von der Lügenpropaganda, die Ge-

nossen von der KPD im KK wollten etwas ganz anderes, als die "Gutgesonnenen". Die Widersprüche im KK zwischen den Kommunisten und den parteilosen, sozialdemokratischen oder SEW-Kollegen sind Gegenstand ständiger Diskussion. Aber die ist fruchtbar und treibt unseren Kampf voran!

(Fortsetzung: nächste Seite oben)

UNSERE UNGELÖSTEN PROBLEME UND AUFGABEN

- die Zusammenfassung der verschiedenen politischen Meinungen im Komitee;
 - die Verbündung des täglichen Kampfes im Beruf mit dem Einsatz für den Erfolg des Komitees (Betrieb und Stadtteil: eine Kampffront!);
 - die Vermeidung von überlangen Sitzungen durch die Beschränkung aufs Wesentliche;
 - die Einrichtung einer lebendigen Schulung, um sich das ideologische Rüstzeug für den langandauernden Kampf zu eigen zu machen;
 - die genaue Organisation der zentralen Aktivitäten und die bessere Ausnutzung der Einzelinitiative eines jeden Mitglieds;
- diese Probleme und Aufgaben scheinen manchmal unüberwindbar. Aber wie sollen wir denn in Kreuzberg, wie soll denn das ganze Volk eine grundsätzliche Veränderung der Lebensbedingung erkämpfen, wenn wir diese Schwierigkeiten nicht solidarisch bewältigen? Untersuchen wir die Ursachen der Spaltung und Zersplitterung der Volksmassen! Lernen wir vom Befreiungskampf anderer Völker! Der Kampf um die Kinderpoliklinik ist auch der Kampf um die Volkseinheit

Wollen wir eine wirkliche Verbesserung der Lebensbedingungen, müssen wir die Sache selbst in die Hand nehmen. Wir müssen diese Mißstände restlos beseitigen, das System umwälzen, es schaffen, daß der Mensch an erster Stelle steht und nicht die Profitgier einiger Schmarotzer. Aber um das zu erreichen, genau wie die Kinderpoliklinik, müssen wir mehr werden, lernen, unserer eigenen Kraft zu vertrauen, müssen wir die Spaltung von deutschen und ausländischen Arbeitern aufheben und die Klassenolidarität dagegen setzen.



-38-



Im Januar dieses Jahres sammelten Mitglieder des KK's in der Bergmannstraße Unterschriften für die Kinderpoliklinik. In der Kneipe Solms-Ecke Bergmannstraße unterschrieben drei Männer, die ihr Bier dort tranken. Ein vierter weigerte sich, obwohl er die Forderung nach dem Krankenhaus für richtig hielt. "Was wollt ihr denn mit den Unterschriften? Da was zu ändern, das ist doch glatt eine Machtfrage!" Ja, Kollege, die Geschichte unseres Kampfes zeigt, das ist eine Frage der Macht! Aber wie erreichen wir die? Das Gespräch in der Kneipe, die Unterschrift, die Spende, die Beteiligung an einer Versammlung, die Mitarbeit im Straßentrupp, die heftige Diskussion um die Methoden unseres Kampfes, und seine Perspektive, den Sozialismus, der Hausbesuch, das einzelne Flugblatt, die Pressekonferenz, die Besetzung Bethanien, die immer noch auf der Tagesordnung steht, und auch die öffentliche Anhörung des KK's durch das Bezirksamt: das kann - entlang der Linie kämpfen und verhandeln - zur Reform der medizinischen Versorgung führen, wenn es uns gelingt, das Bündnis der Arbeiterklasse mit dem ganzen Volk herzustellen. Die Frage Wer Wen wird beantwortet, wenn wir die Sache revolutionär anpacken.

**Kinderpoliklinik
ins Bethanien!
Kein Künstlerzentrum!**

-39-

Wem nützt die Sanierung? Wem schadet sie?

Sieht man sich die grauen verkommenen Mietskasernen hier in Kreuzberg an, die düsteren Hinterhöfe mit den feuchten dunklen Wohnungen, Häuser, an denen zum Teil seit Jahren nichts mehr gemacht wurde, die immer mehr verkommen wo die Steigleitungen defekt oder zu schwach sind, wo die Wasserrohre im Winter ständig einfrieren, wo der Putz von Wänden und Decken fällt, wo die notwendigsten sanitären Anlagen fehlen...kurz:sieht man die unhygienischen unwürdigen Verhältnisse, unter denen viele Menschen hier in Kreuzberg wohnen d.h.leben müssen- und von denen vor allem die ausländischen Kollegen betroffen sind, die froh sein müssen, überhaupt eine Wohnung zu bekommen, wenn sie aus ihren Heimatländern hierherkommen, die besonders schamlos ausgebeutet werden können und oft wahre Wuchermieten zahlen müssen für die heruntergekommensten Wohnungen und Zimmer - sieht man diese Verhältnisse, die unsere Kinder krank machen (immer mehr Kinder in Kreuzberg erkranken an chronischer Rachitis, Hirnhautentzündung usw.) so wird wohl jeder hier eine Sanierung für dringend notwendig halten.

Was bedeutet aber die Sanierung, die der kapitalistische Staat betreibt? Dient sie dazu, bessere Lebensbedingungen für die Arbeiterklasse zu schaffen? Die Antwort ist NEIN!

Diese Sanierung wird nicht betrieben um bessere Wohnungen für den Arbeiter zu bauen, sondern um Platz zu schaffen für die Wohnungen der Bourgeoisie, des Kleinbürgertums, der finanzkräftigen Schichten!

Um den Kreuzbergern, die in den Sanierungsgebieten wohnen, den Auszug so schmackhaft wie möglich zu machen und andererseits auch allen Protesten der Bevölkerung aus dem Weg zu gehen, versucht der Senat mit seiner Demagogie und Versprechungen ("Ihr bekommt Neubauwohnungen in Häusern mit hygienischen Verhältnissen") die Kreuzberger in die Randgebiete Berlins (wie z. B. Bukow, rudow, Märkisches Viertel) abzuschieben. Dort sei doch das Wohnen weitaus angenehmer und menschenfreundlicher. Er, der Senat spricht vom sozialen Wohnungsbau und dem zu Folge sozialen Mieten, obwohl diese oft in keiner Relation zu den bisher gezahlten Mieten stehen und viele Ehefrauen dadurch gezwungen sind mitzuarbeiten - was zur Folge hat, daß die Familien auseinandergerissen werden und es oft zu inneren Konflikten kommt.

X Nach Pfarrer Klaus Duntze in Kreuzberg (Martin-Gemeinde) wollen 80% der Kreuzberger in ihrem Bezirk bleiben.

Familien, denen aus unterschiedlichen Gründen sich die Möglichkeit der Mitarbeit der Frau nicht bietet, übernehmen sich allzu leicht mit den Kosten und oft ist das Obdachlosenheim der einzige Ausweg, um nicht auf der Strasse zu sitzen." In der BRD sind 11% der Obdachloseninsassen direkt als Sanierungsbetroffene ins Asyl gekommen."

In Kreuzberg selbst bietet sich den Kreuzbergern keine Möglichkeit mehr, ihre materiellen Bedürfnisse ausreichend zu befriedigen. Im Rahmen der Sanierungspolitik des Senats wird der Bezirk systematisch ausgetrocknet.

"Die soziale¹ Infrastruktur und Versorgung wurden durch die Schließung der öffentlichen Einrichtungen, durch die Verschlechterung der medizinischen Versorgung, durch die Schließung des Bethanien-Krankenhauses, durch die Schließung eines Postamtes, durch Personaleinsparungen in Kindertagesstätten und durch die Herunterwirtschaftung der Wohnsubstanz zerstört. Die versteckte Absicht des SPD - Senats, dem Gebiet jegliche Wohnlichkeit zu rauben, war durch die Zerstörungspolitik teilweise erreicht.

So ist es dem Senat und seinen Sanierungsträgern auch durch die Ohnmacht der Kreuzberger gelungen, eine kalkulierte Verelendung und Verslummung zu erreichen.

Ein Artikel aus dem ZEIT-Magazin unter dem Titel "Stadt in der Krise am Beispiel Kreuzberg" zeigt nochmals, mit welchen Mitteln der Senat und seine Bauträger spekulieren: "... nicht nur der Krieg hat Kreuzberg in diesem Zustand hinterlassen, ... zum Slum wurde das Ge-

biet unter einer für ideal gehaltenen (Planungs-) Konstellation: Sozialdemokratischer Senat mit absoluter Mehrheit, gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften, als Sanierungsträger, die dem Senat zu 95% oder 100% gehören!..."

"Waren die Häuser zunächst nur aus privatem Profitinteresse heruntergekommen - so wurde wegen der zu erwartenden Sanierung jetzt gerade nichts mehr unternommen. Die Häuser verfallen seitdem. Sie sind entmietet und freigemacht - dürfen Türken und andere ausländische Arbeiter sie zu Ende wohnen, von Abrißhaus zu Abrißhaus.

Obwohl die Sanierung immer sozial motiviert wurde sind die Gründe vor allem im Wirtschaftlichen nachzuweisen."

Verteilung der Nutzflächen:
(aus Kreuzberger Echo, Nov. 70)

	<u>Vorhandene Flächen</u>		<u>geplante Flächen</u>	
	in ha	%	in ha	%
Wohnen	45,47	42,1	36,38	34,0
Gewerbe	20,00	8,6	17,96	16,9
Kerngebiet			4,22	3,9
Standorte f. Post, Bewag, Polizei	3,48	3,2	8,69	8,0
öffentliche Grünflächen	4,34	4,0	2,06	1,9
Strasensland	25,18	24,0	37,89	35,3
ungenutzte Flächen	5,81	5,4	-	-
	2,92	2,7	-	-

Boheme und Montmartreatmosphäre zu geben, *Das Bezirksamt zaubert ein Image von Künstlerboheme, spricht von Künstlerlokalen, die man vorwiegend in Kreuzberg findet und die der "würzigen Berliner Luft noch zusätzlich ein wenig Montmartre Atmosphäre geben." (Kreuzberger Echo, März 1969)

Um diesen Zynismus auf die Spitze zu treiben, abschließend noch ein Zitat der ehemaligen Kulturamtsleiterin Elise T i l s e, das nochmals ganz deutlich zeigt, wer in Kreuzberg einmal von den Einrichtungen profitieren wird: nicht die Kreuzberger, die eine Kinderpoliklinik nötiger brauchten, als ein Künstlerzentrum mit Werken bourgeoiser Künstler, sondern zahlungskräftige Unternehmer, Mieter, Konsumenten.

"Das Haus am Mariannenplatz dient in allen seinen Teilen und Einrichtungen nur dem Menschen. Jede Krankheit, sei es die der Jugend, die Krankheit der Einsamkeit und der Angst kann nicht nur mit den Mitteln der Medizin geheilt werden. Zur Arbeit gehört die Freizeit und der sinnvolle Feierabend. Die Betrachtung und die Einführung in die unermesslich und unendlich weite Welt der Kunst ist ein guter Weg von den eigenen Nöten weg zu anderen Menschen zu finden.... Der Bezirk Kreuzberg, der gerade in den Jahren nach 1945 das Künstlerviertel von Berlin war, hat nun endlich ein Volkshaus gefunden: das Haus am Mariannenplatz Nr.2 Hoffentlich wird es in den wenigen Jahren so berühmt werden, wie das älteste Merkmal Berlins, das Kreuzbergdenkmal im Viktoriapark. Und hoffentlich werden in Kürze die

Berlin - Besucher schon am Flughafen Tempelhof wissen, daß man Berlin nicht gesehen hat, wenn man nicht im Haus am Mariannenplatz (Bethanienhaus) gewesen ist." (Kreuzberger Echo, Dezember 73, Kunstamt Kreuzberg, Elise Tilse)



Was uns von der SEW erreicht:

- 1 Sie können sich "an Aktionen, bei denen die SPD zentral angegriffen wird nicht beteiligen."
- 2 Die Ärzte sind "die natürlichen Verbündeten des Proletariats!" (Chefredakteur der "Wahrheit")
- 3 Was einem zu Bethanien einfällt, so schrieb die "Wahrheit" im Juli 74, sei der glückliche Umstand, daß der "städtebaulich so interessante Gebäudekomplex" für Berlin erhalten bleibt...

Diese Ausführungen, womit die SEW-Häuptlinge sich hinter die Ärztekammer und hinter das Kreuzberger Kunstamt stellen, zeigen uns, worum es denen geht: gelegentlich die rote Fahne aus dem Kasten holen, um die eignen Mitglieder hinters Licht zu führen, die übrige Zeit um die Herrschenden herumschmieren, um sich als Teilhaber der Macht anzubiedern!

Die Unfähigkeit des Kapitalismus, die Errungenschaften der Medizin zum Wohl der Menschen anzuwenden!

Ich bin Mitglied der KPD und habe von Anfang an das Kampfkomitee Bethanien für eine Kinderpoliklinik mitaufgebaut.

Ich bin selbst Arzthelferin und kenne die Praktiken der niedergelassenen Ärzte sehr genau aus eigener Erfahrung. Die ambulante medizinische Versorgung ist weitgehend nach dem Prinzip des Geschäftemachens aufgebaut. (Durchschnittshonorar der freien Ärzte betrug bereits 1971 170 000 DM.)

Die Niederlassungsfreiheit bedeutet, daß die Ärzte da eine Praxis eröffnen, wo sie sich das meiste Geld versprechen. Das sind natürlich die bürgerlichen Viertel in den Städten, weil da viele Privat- und Ersatzkassenpatienten sind. Deshalb ist die medizinische Versorgung in Arbeiterbezirken besonders schlecht.

Verhältnis von Arztdichte zu Einwohnerzahl:

	Zehlendorf/Kreuzberg	
1 prakt. Arzt	2.460 Ew	2.600 Ew
1 Frauenarzt	6.740 "	17.200 "
1 Kinderarzt	7.500 Ki	31.000 Ki

(aus stat. Jahrbuch 1973)

Dies zeigt, daß im Kapitalismus der Profit vor dem Menschen an erster Stelle steht und man mit Medikamenten zwar Schmerzen lindert und Krankheiten eindämmt, aber nicht die Ursachen der Krankheiten beseitigt.

Die tägliche 8-stündige Fließbandarbeit, wo nicht die Person zählt, sondern nur der von ihr ausgeführte Handgriff, machen ~~Sie~~ ^{den Menschen} zur Maschine.

Es ist klar, daß der Arbeiter dieses Schindens nicht unbegrenzt aushält: Die Herz- und Kreislaufkrankungen und nervöse Darmbeschwerden sind die Folge dieses 'Stress', auch die Zahl der schweren Unfälle nimmt zu. Unregelmäßige Lebens- und Ernährungsweise (Schichtarbeit, Kantinenessen) sowie Lärmbelästigung und Luftverschmutzung am Arbeitsplatz tun ihr übriges. Entschließt sich der Arbeiter dann endlich, zum Arzt zu gehen, weil er es nicht mehr aushält, ist bei der großen Zahl der Patienten eine gründliche Untersuchung unmöglich.

Die meisten Praxen sind auch total veraltet, was die medizinischen Geräte anbetrifft. Um zu möglichst viel Geld zu kommen, werden Krankenscheine gesammelt.

Es ist die Regel, daß etwa 50% aller Patienten, die sich nur von der Sprechstundenhilfe ein Rezept ausschreiben lassen, auf ihrem Krankenschein zusätzlich eine "Beratung" vermerkt bekommen, wofür der Arzt dann ca. 5,- DM kassiert und die Werkstätigen zahlen jährlich mehrere hundert Millionen Krankenkassenbeiträge für nichts als eine Urkundenfälschung!

Je mehr Profit desto besser...

Der Arzt verschreibt, meist ohne eine Untersuchung, nach kurzen Angaben des Patienten, eines der unzähligen Medikamente. Wenn das eine nicht hilft, wird das nächste ausprobiert. So geht das weiter. Wie gefährlich das ist, können wir immer öfter sogar in der bürgerlichen Presse lesen: Nierenversagen aufgrund jahrelanger Einnahme von Schmerzmitteln oder Beruhigungstabletten, Kindermißbildungen nach Contergan oder Lähmungserscheinungen nach der Einnahme von Dalzic. Aber der Vertrieb dieser Mittel ging munter weiter, erst nach großen Protesten in der Öffentlichkeit bekamen die Eltern, der fürs Leben geschädigten Kinder nach jahrelangem Kampf mit der Bürokratie ein paar hundert Mark Entschädigung. Manche mußten sogar leer ausgehen, da "nicht feststand, ob die Mißbildungen nicht auch eine andere Ursache haben könnten."

Jedem vernünftigen Menschen ist klar, daß dies eine völlig unzureichende medizinische Versorgung ist. Deshalb fordert die KPD, daß die ambulante Versorgung durch angestellte Ärzte in Polikliniken erfolgen muß.

Doch was macht die SPD, die sich in ihrem Programm für "mehr Lebensqualität" stark macht?

In ihren "Gesundheitspolitischen Leitsätzen" bekennt sie sich offen zur Behandlung durch die freie Ärzteschaft.

Unter dem Absatz "Die freie Praxis" ist zu lesen:

"Die Grundsätze der freien Arztwahl und der freien Berufsausübung der Heilberufe sind für die Sozialdemokratische Partei selbstverständlich".

Das Geschäft der Ärzte wird durch die Pläne für Gruppenpraxen noch verbessert. Denn nun können drei oder mehr Ärzte in noch kürzerer Zeit noch mehr Patienten "behandeln", das Krankenscheinejagen ist nicht aufgehoben. Das Geschäft wird weiter blühen.

Die medizinische Versorgung wird dadurch nicht besser.

Im Gegenteil: auch die stationäre Versorgung wird durch die Politik der SPD-Regierung planmäßig verschlechtert. Das Krankenhausfinanzierungsgesetz sieht die Streichung von 3.000 Krankenhausbetten - davon 350 Kinderbetten - in Berlin vor. Alle Nutzungskosten sollen zu Lasten der Pflegefälle gehen, das heißt: die Krankenhauskosten werden in den nächsten Jahren enorm teurer, was einhergeht mit einer erneuten Beitragserhöhung der Krankenkassen.

Die Verschlechterung im Gesundheitswesen steht in engem Zusammenhang mit der Verschlechterung unserer Lebensbedingungen.

Die letzten Jahre haben wieder deutlich gezeigt, daß sich die Lebenslage der Werktätigen im Kapitalismus ständig verschlechtert. Die Preise steigen immer unerschämter, der Staat selbst ist einer der größten Freistreiber (denken wir nur an die BVG-Erhöhungen, GASAG, Bewag, Telefon- und Postgebühren, alle indirekten Steuern wie Tabak, Benzinpreise und die Mietgebühren). Die Lohnerhöhungen, im vornherein mit den Gewerkschaftsbönnen abgesprochen durch konzertierte Aktion, kommen schon lange nicht mehr den stets steigenden Preisen nach. Unsere Arbeitsplätze sind durch die kapitalistische

Rationalisierung und Werksverlegung in "Niedriglohnländer" wieder in Gefahr. Zur Zeit haben wir ca 500 000 Arbeitslose. Dazu kommt noch die Kurzarbeit. Ständig steigende Mieten vernehren das Elend. Gerade in Berlin ist durch das Berlin-Hilfegesetz den Bauspekulanten Tür und Tor geöffnet. Berlin soll durch kostspielige Kultur-, Kongreß- und Messezentren zum Tummelplatz der internationalen Bourgeoisie werden. Zahlen, sollen dafür die Werktätigen. Statt alte Häuser der Arbeiterbezirke sinnvoll zu renovieren, hat man Häuser jahrelang verkommen lassen, bis es sich lohnt, sie abzureißen und darauf teure Wohn- und Geschäftsviertel aufzubauen. Die ehemaligen Mieter werden in die Trabantstädte verwiesen.

Die SPD ist schon lange nicht mehr eine Partei, die Reformen für die Arbeiterklasse anstrebt. Sie vertritt das Monopolkapital, deshalb wird auf den sozialen Gebieten ständig gekürzt, das Geld wird für die Renomierbauten und für die Subventionen kapitalistischer Unternehmen benützt. Immer stärker wird Geld in die Polizeireform gepumpt, denn die Bourgeoisie weiß, daß sich die Arbeiterklasse gegen die Angriffe auf ihre Lebensbedingungen zur Wehr setzen wird. Der Polizeistaat ist in Vorbereitung. Killertrupps, die auf alles schießen können, werden ausgebildet. Die Bevölkerung soll durch "Kontaktpolizisten" bespitzelt, eingeschüchtert und terrorisiert werden und vom Kampf abgehalten werden.

Die Kreuzberger haben es bei ihrem Kampf um die Kinderpoliklinik selbst zu spüren bekommen, wie die SPD-Polizisten auf wehrlose Jugendliche, Kinder und Alte einschlägt.

Doch daraus haben wir nur gelernt. Von den Herrschenden können wir nichts erwarten. Darum müssen wir unseren Kampf geschlossen weiterführen. Die Kinderpoliklinik ins Bethanien können wir nur erreichen, wenn sieh noch mehr, die bis jetzt die Forderung nur passiv unterstützen, auch wirklich mit in die aktive Front einreihen.

Eine wirkliche Gesundheitsversorgung, die im Dienst des werktätigen Volkes steht, wird es allerdings erst Sozialismus geben.

Wenn die Arbeiterklasse die Macht im Staat errungen hat, wenn die alte Ausbeuterherrschaft gestürzt ist - erst dann wird entschieden was dem Volke nützt und das Geschäft mit der Krankheit wird sofort abgeschafft.

Denn dann steht der Mensch an erster Stelle und nicht der Profit. So wird es viele Kranke, die es heute gibt, dann gar nicht mehr geben, denn die unmenschliche Arbeitshetze wird aufhören, die Kinder werden nicht mehr auf der Straße spielen müssen, es wird ausreichend Spielplätze geben und Kindertagesstätten.

Die Gesundheitsversorgung fängt nicht erst an, wenn schon Krankheiten auftreten, sondern das wichtigste Prinzip ist Vorbeugen. Vorbeugen ist besser als heilen. Nach diesem Prinzip ist das Gesundheitswesen in der VR- China aufgebaut. Und während bei uns in der hochindustrialisierten BRD die Seuchengefahren wieder zunehmen und die Krankheiten am ansteigen sind. In China, wo die Arbeiter und Bauern an der Macht sind, ~~wurden~~ die fürchterlichen Seuchen, die früher im Land herrschten, ausgerottet. Die jungen Mütter können ihre Kinder während der Arbeitszeit jederzeit in den Krippen besuchen. Und breite Massen des Volkes werden über die Grundregeln der Gesundheitsversorgung und ihre Krankheiten aufgeklärt. Die Säuglingssterblichkeit in der VR- China ist heute weitaus niedriger als bei uns in der BRD. Deshalb habe ich mich dazu entschlossen, mit der KPD daran zu arbeiten, daß sich die Arbeiterklasse und alle fortschrittlichen Menschen in unserem Land zusammenschließen zum Sturz dieser imperialistischen Gesellschaft.

Lissi Götz

GEGEN MONOPOLKAPITAL - FÜR VOLKSDEMOKRATIE
ARBEITEREINHEIT - VOLKSEINHEIT
FÜR DEN SOZIALISMUS

-54-

Im Sozialismus steht der Mensch an 1. Stelle!

— Reisebericht aus Albanien —

Ich gehöre zu einer Gruppe von 30 Leuten, die im Sommer nach Albanien gefahren sind. Zu Anfang wußten wir über das Land nur, daß dort der Sozialismus aufgebaut wird. Einzelheiten über das Leben der Bevölkerung, die Industrialisierung und die medizinische Versorgung konnten wir nicht. In der Schule zum Beispiel erfährt man nichts über dieses Land. In Erdkunde gehen die Lehrer bei Südeuropa nur auf Spanien, Italien, Jugoslawien und Griechenland ein. Albanien das genau dazwischen liegt, existiert für unsere Schulen überhaupt nicht. Mich interessierte besonders die Medizinische Versorgung in Albanien.

Seit der Befreiung unterliegt auch die Gesundheitspolitik in Albanien dem Grundsatz der allgemeinen Politik, nämlich den Lebensstandard des Volkes zu steigern oder wie Enver Hoxha 1971 in der programmatischen Formulierung zusammenfaßte: "Die Sorge um den Gesundheitsschutz des Volkes, um die Verlängerung seines Lebens, war und bleibt ein fester Bestandteil der Parteipolitik zur Erhöhung des Wohlstandes des Volkes, indem besonders auf dem Lande eine gründliche Verbesserung angestrebt wird."

Die Albanier haben keine freipraktizierenden Ärzte, sondern nur Polikliniken und Krankenhäuser. Die Polikliniken sind genauso aufgebaut, wie wir uns die Kinderpoliklinik im Bethanien wünschen: Viele Fachärzte unter einem Dach, Behandlung ohne Krankenschein, in jedem Stadtteil eine. In der Hauptstadt Tirana gibt es zum Beispiel 9 Polikliniken und 5 Krankenhäuser. Die Ärzte arbeiten abwechselnd ein halbes Jahr in der Poliklinik und ein halbes Jahr im Krankenhaus.

-55-

Heute gibt es in jedem Landkreis, etwa 4 Krankenhäuser. 1971 gab es in Albanien 414 medizinische Institutionen, Krankenhäuser entstanden nicht nur in den Städten, sondern auch in großen Landwirtschaftsproduktionsgenossenschaften und auf Großbaustellen. 1938 gab es 1 Krankenhausbett pro 1269 Einwohner, 1968 1 Bett für 169 Einwohner. 1938 gab es einen Arzt pro 10 000 Einwohner, 1968 pro 1430 Einwohner und 1975 soll dann ein Arzt auf 800 Einwohner geben.

Die Prinzipien der medizinischen Versorgung sind erstens, nicht nur Behandlung, sondern vor allem Vorbeugung, und zweitens, daß der Arzt zum Patienten geht und nicht der Patient zum Arzt!

Wie sieht das in der Praxis aus?

In jedem Kindergarten arbeitet eine Krankenschwester, ebenso in jeder Schule. Einmal in der Woche kommt ein Arzt in jede Schule und läßt sich von der Krankenschwester Schüler bringen, die sich nicht wohlfühlen. Zweimal im Jahr finden gründliche Reihenuntersuchungen für alle Schüler statt.

Die medizinische Versorgung ist für alle Albaner kostenlos. z.B. kann man 16 Monate im Krankenhaus liegen und braucht nichts zu bezahlen. Der Patient bekommt zusätzlich von der Sozialversicherung einen Teil seines Lohnes, nachdem Prinzip: je länger einer gearbeitet hat, desto mehr hat er der Gesellschaft gegeben und der Staat soll ihm dementsprechend zurückzahlen. Dauert eine Krankheit übermäßig lange, so wird Patient invalidisiert. Ebenso wichtig ist das Gesetz über die kostenlose Kinder-Impf-Pflicht. Sie betrifft Tbc, Diphtherie, spinale Kinderlähmung ua. Durch derartige Maßnahmen wurden viele Seuchen aus Albanien verbannt, z.B. die Syphilis seit 1949. (in Bulgarien traten 1965 noch pro 100 000

Einwohner 7,2 Syphilisfälle, in Jugoslawien 30,3, in Griechenland 12,3, in Italien 11,5 und in den USA 11,7 auf. Syphilis, ebenso wie psychische Erkrankungen sind gesellschaftliche Krankheiten, die vom dem jeweiligen System mitbedingt sind.) Die Geburtsrate in Albanien ist sehr hoch: 1968 lag sie bei 35,5/1000 Einwohner, während die Sterblichkeit bei 8/1000 Einwohner lag, wohingegen sie 1938 17,8 betragen hatte. Dies ist heute die niedrigste Sterblichkeitsrate in ganz Europa.

Die Betreuung schwangerer Frauen und junger Mütter hat das heutige Albanien folgendermaßen geregelt: in der ganzen Volksrepublik gibt es Beratungsstellen, die die jungen Frauen aufsuchen müssen, um sich und das Kind untersuchen zu lassen. Dabei wird ihnen über Ernährung, persönliche Probleme und Ausgleichssport gesprochen. Diese Untersuchungen sind zwingend vorgeschrieben: anfangs alle Wochen, später alle Monate bis zum Alter von 3 Jahren. Frauen, die ein Kind erwarten, bekommen ab dem 6. Monat eine leichtere Arbeitstelle, ab dem 9. Monat bis 3 Monate nach der Entbindung Geburtsurlaub. In dieser Zeit wird der Lohn weitergezahlt. Mütter haben die Möglichkeit bei ihren Kindern im Krankenhaus zu wohnen, damit sie sich intensiv um ihr krankes Kind kümmern können.

Wir sahen solch eine Mutter in dem Kinderkrankenhaus der Stadt Shkodra im Norden Albanien, wie sie mit ihrem Kind auf dem Arm einen Spaziergang machte. Diese Mutter bekommt 75% ihres Lohnes weiter gezahlt, der Arbeitsplatz bleibt ihr selbstverständlich erhalten.

Trotz der vielen Erfolge, ist die Trennung vom Stadt und Land noch ein großes Problem in der medizinischen Versorgung: die Hygienisierung der Dörfer ist noch nicht erreicht. Daher müssen die Ärzte die Dörfer regelmäßig einmal im Monat besuchen um Untersuchungen anzustellen,

aber auch, um 'Sanitätspropaganda' zu betreiben, um bei der Einrichtung eines Hauses beim Toilettenbau beratend tätig zu sein. So arbeiten Bauern und Ärzte eng zusammen. Außer dieser Sanitätspropaganda für die Dörfer wird diese

aber auch für das ganze Land betrieben unter dem Motto: "Jeder sein eigener Arzt"! Das beginnt in der Oberschule mit Unterricht für Hygiene und erste Hilfe. Diese Propaganda wird ferner durch Fernsehen und Rundfunk betrieben und durch Verbreitung einfach geschriebener Broschüren. Ferner beginnt man jetzt in Albanien die traditionelle Medizin der Landbevölkerung in die medizinische Versorgung einzubeziehen und wissenschaftlich zu nutzen, indem heimische Heilkräuter gesammelt werden, etwas, das bisher nicht geschah. Inzwischen werden heimische Heilkräuter auch exportiert.

Bei unseren Besichtigungen und Gesprächen haben wir erfahren, daß hier wirklich der Mensch an der ersten Stelle steht und daß danach die sämtliche Gesundheitsversorgung, d.h. die Ausbildung der Ärzte, Einrichtungen von Kliniken oder Polikliniken ausgerichtet wird!

Unsere nächsten Aufgaben:

In Berlin arbeiten bis jetzt 4 Kampfkomitees

→ Kampfkomitee für eine Kinderpoliklinik ins Bethanien

→ Kampfkomitee für den Erhalt der Kinderklinik Charlottenburg als Akutkrankenhaus

→ Kampfkomitee für den Bau eines Krankenhauses in Reinickendorf

→ Kampfkomitee Moabit gegen die Verschlechterung der med. Versorgung am Krankenhaus Moabit

Gestützt auf die Erfahrungen ihrer bisherigen Arbeit, werden sich diese Komitees in Zukunft noch enger zusammenschließen um sich gegen die Verschlechterung der med. Versorgung einzusetzen.

Einer der nächsten Kampfschritte ist die Durchführung eines ~~Volksh~~ ^{Volksbe}gehrens ~~Brechung~~ ^{Brechung} des Monopols der freipraktizierenden Ärzte auf die Ambulante Versorgung! Für den Bau von Polikliniken!

Dies wird ein um so grösserer Schlag gegen den SPD - Senat sein, weil diese Volksvertreter gerade versuchen, den Volksentscheid, ein wesentliches demokratisches Recht der Werktätigen zur Durchsetzung ihrer Forderungen, klandestinitätlich abzuschaffen.

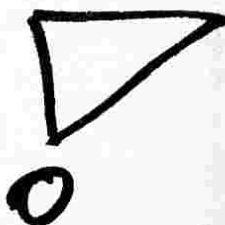
Damit ein Volksentscheid überhaupt durchgesetzt werden kann, sind in Berlin bis jetzt noch 310 000 Stimmen erforderlich.

Von dieser bürokratischen Klausel werden wir uns jedoch nicht einschüchtern lassen. Für uns ist das Volksbegehren ein Mittel, den Kampf um Polikliniken auf ganz Berlin auszuweiten und noch mehr Menschen zu mobilisieren.

Und genau das fürchtet die SPD!

Dabei ist es uns klar, daß unsere Forderung durch den Volksentscheid allein nicht durchgesetzt werden kann, sondern entscheidend ist die Stärke unserer Solidarität und Entschlossenheit, mit der wir konsequent den Kampf gegen die Ursache unserer Krankheiten, den Kapitalismus, an allen Fronten führen!

..... GEGEN DIE
ABSCHAFFUNG DES VOLKSENT-
SCHIED. VOLKSENTSCHEID
FÜR POLIKLINIKEN



Presser.verantwortlich:
Christian Heinrich
1-36, Waldemarstr. 112

virtually reprinted by

trend **ONLINEZEITUNG**
Hintergründe & Gegenstandpunkte

September 2015

<http://www.trend.infopartisan.net/>